

## Die Empire-Anomalie

Handelt es sich nur um ein Mißverständnis? Um eine sprachliche Unschärfe? Nein, vermutlich nicht. Vom Empire zu sprechen, heißt nicht, die Existenz von Staaten oder staatlicher Gewalt zu leugnen. Vom Empire zu sprechen, heißt auch nicht, anstelle der westfälischen Ordnung von Nationalstaaten den meinetwegen US-amerikanischen Superstaat zu setzen. Wir sprechen vom Empire in Anlehnung an Negri und Hardt, um ein komplexes, immanentes Netz von Machtverhältnissen zu bezeichnen, mit größeren und kleineren Knoten, mit chaotischen Effekten und ohne fixe Punkte. Wir wollen die Möglichkeit nutzen, die sich direkt vor unseren Augen vollziehende Auflösung einst gewaltmonopolisierter Räume wahrzunehmen, nach unten wie nach oben, nicht ihr Verschwinden, sondern ihre Überlappung und Zersplitterung. Das Empire bietet eine andere Perspektive auf die Verhältnisse, eine Perspektive, die nach dem fragt, was sie ermöglicht.

Das höflich inszenierte Mißverständnis ist vielmehr das überdeutliche Symptom einer handfesten politischen Differenz: nämlich dem Streit um das künftige emanzipative Projekt. Wir plädieren für ein nicht-souveränistisches politisches Projekt, ein subpolitisches. Das bedeutet auch und vor allem, das emanzipative Projekt der Analyse nicht länger nachzuordnen. Wir denken Politik anders, streiten für einen anderen Politiktypus, sowohl in der Analyse als auch in der Praxis. Im ersten Moment mag sich das banal anhören und - huh! - idealistisch, um dem Hegelianismus des Empire-Bashings vorausseilend Tribut zu zollen. Ist es aber nicht. Gemeinhin gilt es als wesentlich leichter, einfach mal was neues zu denken, als etwas anderes zu tun. Das ist ein Irrtum. Denn anders zu denken, anders als in jenen Kategorien, die durch die Institutionen dieser Weltgesellschaft abgesichert sind, ist ungemein komplizierter. Zumindest dann, wenn die anomalen Vorstellungen weder marginal bleiben, noch so lange durchgewalzt werden sollen, bis sie doch wieder ins alte Schema passen. Gramsci hat irgendwann einmal gesagt, daß die eigentlichen Beharrungskräfte nicht in der Basis, sondern im Überbau lägen, in Gramscis Worten: in der Superstruktur. Recht hat er. Jener Komplex institutionalisierter Vorstellungen und imaginärer Institutionen, die eben den Ideen erst ihre Plausibilität verleihen, ist in der Tat eine Superstruktur. So materiell, daß wir uns unsere Köpfe an ihnen blutig rammen können.

Wer jenseits der superstrukturell bandagierten Kategorien denkt, läuft daher stets Gefahr, wahlweise für unpräzise, unplausibel, für wirr oder irr erklärt zu werden. Es gibt allerdings Momente, in denen die Superstruktur, das ganze Ensemble der altbewährten Kategorien, mit denen im Ablauf der Dinge immer nur das ewig Gleiche in die Zukunft wiedergeholt wird, nachhaltig ins Wanken gerät. Ein solcher Moment, in dem das Unplausible Resonanz finden konnte, weil das Plausible nicht länger plausibel war, war der 11. September. Für einen kurzen Augenblick stockte die Wiederholung; die lebendige Praxis löste sich von den Superstrukturen. Für einen kurzen Augenblick wußte weder das Establishment, was jetzt zu tun, noch wußten die traditionellen Linken, was jetzt zu kritisieren sei. Die Ereignisse des 11. Septembers waren daher geeignet, einen Seitenstrang der Befreiung wieder ins Spiel zu bringen, der seit Jahr und Tag versucht, die praktischen Veränderungen: die Vervielfältigung der Wünsche, in der Superstruktur emanzipativ zu artikulieren. Seit bald dreißig Jahren geht dieser Wandel von statten, untergründig und nur passiv artikuliert, und die traditionelle Linke verzweifelt an ihm im gleichen Maße wie sie schrumpft. Unsere

Thesen *Interdependence Day* (Papier: *diskus* Nr. 2/01: S. 2-3. Netz: [www.copyriot.com/unefarce/no5/id.html](http://www.copyriot.com/unefarce/no5/id.html)) verfolgten genau die Absicht, diesen Seitenstrang wieder ins Spiel zu bringen, und genau aus diesem Grund bezogen wir uns auf das Konzept *Empire* von Negri und Hardt. Es ging uns dabei nicht um die philologische Rezeption des Postoperaismus. Die ist uns herzlich egal. Am *Empire* interessiert uns, was diese Perspektive ermöglicht, und das ist ganz der Politikvorstellung geschuldet, die mit dem Souveränismus bricht.

Das *Empire* von Negri und Hardt ist nur ein Bezugspunkt auf diese andere, nicht-souveränistische Politikvorstellung, wenngleich ein besonders aktueller. Die Fährte reicht bis weit in die siebziger Jahre zurück und wohl nicht zufällig nach Frankreich und Italien, wo die westlichen KP's noch den letzten Fluchtweg in gleißendes Licht tauchten: zu Foucault, Deleuze und Guattari, zu Balibar, Lipietz und Latour und eben auch zu Negri und vielen anderen mehr. Genau in jene Zeit also, als die Ernüchterung über den sozialdemokratischen Reformismus im Westen wie über den Realsozialismus im Osten ihren Scheitelpunkt erreichte. Genau zu jenen Laboratorien, die das emanzipative Projekt des Sozialismus bis aufs Gerippe und ohne Scheu sezieren. Daß mit Hilfe des Staates, daß mit Hilfe des bitte endlich souveränen (gegenüber schnöden Einzelinteressen, bösen Fabrikanten, mächtigen multinationalen Konzernen, oder wer's abstrakter mag: gegenüber dem Kapital, der Bourgeoisie, dem Verwertungsimperativ gleichermaßen endlich souveränen) Staates, der nur endlich den allgemeinen Willen verkörpern müsse, - sei's auf dem repräsentativ-demokratischen, sei's auf dem revolutionär-putschistischen Weg, sei's durch die ausgeklügelte Demokratisierung seiner Verfahren -, daß also mit Hilfe des Staates die Verhältnisse zum Guten zu wenden seien, das glaubten just in dieser Zeit immer weniger und, dieser Glaube delegitimierte den Gang der Administration sehr nachhaltig. Und zwar zu recht.

Bekannt ist diese Zeit auch als Beginn der Krise des Fordismus. Das ist ganz wesentlich, im historisch materialistischen Sinne. Denn der fordistische Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital brachte es mit sich, daß weite Teile der sozialistischen Politikvorstellungen der II. und III. Internationale sich unentwirrbar in die fordistischen Institutionen einwoben. Allen voran der Glaube, es gebe eine Politik (oder besser: müsse eine geben), die den ökonomischen (und sonstigen gesellschaftlichen Macht- und Gewalt-)Verhältnissen gegenüberstehe, -stehen müsse. Wenn die Krise des Fordismus eben auch und vor allem die Krise des Sozialismus ist, dann darf es nicht wundern, daß die Massen sich in ihrer Enttäuschung über den fordistischen Sozialdemokratismus eben nicht dem reinen, von Kompromissen gesäuberten Sozialismus zuwandten. Es war und ist ein Irrtum, aus den Fordismuskritiken zu schließen, der Fordismus sei zu wenig sozialistisch gewesen. Umgekehrt wird's richtig: Weil der Fordismus die Realität des sozialistischen Projekts war, weil er bis zum Anschlag etatistisch war, jede Lebensregung planen wollte und darum als Konsumregung kontrollieren mußte, weil er die Lohnarbeit als einzig produktive verallgemeinerte und als Nadelöhr der Befreiung pries, weil er alle autonomen Sozietäten, alle Subsistenzen und Subsidiaritäten zerstörte, um die freigesetzte Lohnarbeit zu schaffen, weil er unsere Wünsche in immer neue Waren, Produkte und Dienstleistungen lenken mußte – um von den männlichen, weißen, gesunden Realitäten des Sozialismus ganz zu schweigen – geriet mit der Fordismuskritik das sozialistische Projekt in seine finale Krise, wenngleich der Leichnam, der Alp der toten Geschlechter, noch immer nicht unter der Erde ist.

Der Fordismus ist aber auch noch in einer zweiten Dimension ganz wesentlich für die Frage nach der Politik. Denn mit dem Fordismus hat sich die Bedeutung des Staates grundsätzlich geändert. Nicht nur, daß mit dem Fordismus der Proletarier als Staatsbürger ausdrücklich anerkannt ist, der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital seine institutionellen Weihen erhielt. Nein, der fordistische Produktivismus sprengte die Grenzen des Staates. Wenn fünfzig Prozent aller Geldtransfers durch staatliche Instanzen fließen, dann steht der Staat nicht mehr außerhalb der Ökonomie, sondern mittendrin. Über jene ominöse Staatsquote der hochentwickelten Staaten mochten die Neoliberalen seit Thatchers und Reagans Zeiten so viel lamentieren wie sie wollten, gedrückt haben sie die Quote kaum. Wenn im gleichen Atemzug das Volumen der Lohnarbeit wächst und wächst, dann steht die Ökonomie nicht mehr neben dem Leben, sondern sie ist das Leben. Der Trend ist ungebrochen. Seit Antritt der Regierung Schröder/Fischer stieg die Beschäftigtenzahl in der BRD um 500.000. Überhaupt sind Markt und Plan nur unterschiedliche Modi der Verwaltung, der ganze Streit mehr Kumpanei. Die spiegelbildliche Tendenz läßt sich von verschiedenen Enden aus betrachten. Sie zeigt sich in der Warenfülle, der Entdeckung der Arbeitskraft als Massenkonsument. Von den Lebensmitteln und Gebrauchsgütern, über die langlebigen Konsumgüter, bis zu immer neuen Servicepaketen: immer weiter schaltet sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen. Sie zeigt in der Verrechtlichung des Alltags, in den jobbenden Schülern, im betreuten Wohnen und den Telediensten.

Zugleich mit der Entdeckung des Massenkonsums (und später der Wünsche) als innerem kolonialen Absatzmarkt stieg freilich die wechselseitige Abhängigkeit zwischen den Freigesetzten und der Kapitalverwertung. Jeder abrupte Wechsel, jede Verwerfung droht in der Tat zur Katastrophe zu werden. Auch und gerade für die Freigesetzten, ganz materiell und handfest. Auch und gerade in Räumen und Zeiten, die gar nicht in den Blick geraten. Hier für Regelmäßigkeiten zu sorgen, hier die schlimmsten Brüche zu verhindern, plausibilisiert die allumfassenden staatliche Zuständigkeit, Verantwortung genannt und doch nur Entmündigung. Die Ökonomisierung des Lebens geht parallel zur seiner Verrechtlichung. Um es noch einmal zu betonen: Die Ausweitung der Staatstätigkeit im Zuge des fordistischen Produktivismus ist keine bloß quantitative Angelegenheit. Niemand steht mehr außerhalb des Staates, denn außerhalb des Staates ist nichts. Genauso wenig wie niemand mehr außerhalb der kapitalistischen Verwertung steht. Nicht mal halbtags. Und erst recht nicht mit dem Kopf.

Damit aber hat sich der einstige Hebel zur Befreiung in ein Feld komplexer Machtverhältnisse verwandelt, ohne fixen Punkt, von dem die Welt aus den Angeln zu heben wäre. Praktisch zu erfahren war diese Veränderung offenbar einfacher als theoretisch herzuleiten oder die Erfahrung in Worte zu fassen. Der Abschied vom traditionellen sozialistischen Projekt vollzog sich eher in den Aktionen, von den Gedanken-Unternehmern alsbald mehr schlecht, nicht recht als Neue Soziale Bewegungen gebrandet und vermarktet. Als diesseitiges Projekt verlor das sozialistische immer mehr an Rückhalt - wobei die Staatskritik nur eines der tragenden Elemente zertrümmerte, die dem sozialistischen Projekt seine Kohäsion verliehen: die anderen hießen Geschlechterverhältnis, Rassismus, Ökologie und vieles andere mehr. Diese Umstände bedeuteten freilich noch lange nicht, daß das sozialistische Projekt – untauglich für die avisierte Befreiung – gebührend im Museum verschwand. Im Gegenteil, wer dies offen aussprach, wer ohne Scheu die Konsequenzen ausloten wollte, die sich durch die Entkernung des

sozialistischen Projekts ergaben, hatte einen schweren Stand. Ein Leichenfledderer halt. Wer schließlich anders gestrickte politische Projekte formuliert, die einer anderen politischen Perspektive verpflichtet sind – das Existenzgeld wäre so ein Beispiel – hatte es noch schwerer: Die Ewiggestrigen schimpften alle Kritik am traditionellen sozialistischen Projekt als Verrat, als kleinbürgerlich, neoliberal oder neokonservativ. Damit ließ es sich insofern leicht leben, als ihre Plädoyers für die sozialdemokratische Normalität oder auch Arbeiter- und Bauernrepubliken sich selbst desavouierten. Die zweite Gruppe war und ist schon unangenehmer. Sie hobelt all die häßlichen Äste ab und versucht den dürren Rest des alten sozialistischen Projekts so zu verbiegen, daß der anti-souveränistische Impuls, die feministische Kritik etc. doch wieder hineinzupassen scheinen. Sie quetscht und schleift die neuen Gedanken so lange, bis sie doch wieder zu den altbekannten Blaupausen der Machteroberung führen. Wie so etwas aussieht? Na ja, zum Beispiel, wenn Foucault zum Kritischen Theoretiker zwangskonvertiert wird, oder Lipietz zum Staatsableiter. Die Versöhnung der neuen Ideen mit dem alten Projekt gelingt freilich nur im theoretischen System – und führt schnurstracks zur dritten Gruppe, sobald Gefahr droht, das runderneuerte Projekt könnte praktisch werden. Diese dritte Gruppe, auf den Niedergang des sozialistischen Projekts zu reagieren, weigert sich schließlich beharrlich, die Implikationen ihrer Kritik, die eigene Sprecherposition in die Reflexion einzubeziehen. Sie gibt sich ganz entschieden anti-staatlich, weist aber im gleichen Zug und genauso beharrlich alle alternativen, neuen politische Projekte weit von sich, und zwar mit eben den gleichen Kriterien aus dem Baukasten des alten sozialistischen Projekts, mit denen die ewiggestrige Gruppe zu ihren Urteilen kam: kleinbürgerlich, neoliberal oder neokonservativ. Anders ausgedrückt: Die dritte Gruppe der kritischen Kritik kritisiert alle Versuche, den alltagspraktischen gesellschaftlichen Wandel politisch emanzipativ zu artikulieren, eben mit jenen Argumenten, die das traditionelle sozialistische Projekt als Referenzfolie haben – zugleich lehnen sie aber eben jenes entschieden ab. Wenn das sozialistische Projekt sich schon desavouiert hat, dann dürfe es auch kein neues mehr geben. Was bleibt, ist nicht nur der Politikverzicht, nicht nur der Lustgewinn, die abermalige Niederlage schon vorher erahnt zu haben. Das mag der politischen Identität schmeicheln, der individuellen Trauerarbeit dienen und den Phantomschmerz lindern. Schlimmer und keineswegs nur Privatangelegenheit ist der Umstand, daß diese Haltung mit verhindert, das neue emanzipative Projekt zu erfinden und die Kette der Niederlagen zu unterbrechen. Die dritte Gruppe der kritischen Kritiker predigt die *self-fulfilling prophecy*, daß die Linke keine Linke mehr wäre, wäre sie nicht marginal.

Daher also die Mißverständnisse beim Empire, der Vorwurf der Affirmation: weil sie selbst den Souveränismus nur souveränistisch kritisieren können und um ihr stärkstes, einziges Argument gebracht werden. Daher die Verunglimpfung der Subpolitik und der molekularen Revolution, daher die Geringschätzung der Alltagspraxis, weil sie glauben, Souveränismus nur mit Gegensouveränismus bekämpfen zu können, dieser aber nur in Theorie seine Unschuld bewahrt. Wie aber kann der Perspektivenwechsel gelingen, für den wir streiten? Den zwingenden Übergang auf theoretischem Terrain gibt es nicht. So viel ist uns inzwischen klar. Wenn die Problematik *Welches politische Projekt verfolgen wir jetzt und hier?* nicht im Zentrum der Analyse steht, weil jede Analyse immer schon politisch ist, spezifische Politikvorstellungen plausibilisiert und Teil der zu analysierenden Verhältnisse ist, wenn also die Analyse und die Analytiker sich außerhalb der Verhältnisse setzen, wenn die Analytiker ihren Feldherrenhügel nicht verlassen, von denen aus sie die imaginären Armeen führen oder die

Niederlage diagnostizieren, dann werden sie nie erfahren, warum ihre abstrakte Kritik der Machtverhältnisse die konkreten nur stets erneuert. Leichter gelingt der Bruch aus der Praxis heraus, aus dem Mut, jetzt und hier nicht-souveränistisch politisch zu sein, jetzt und hier die Immanenz der Verhältnisse als Wirklichkeit jeder Praxis zu akzeptieren. Diesen Mut fanden wir an verschiedenen Stellen, bei den *tute bianchi* und den Zapatisten, in der *Münchner Volksbaddeklaration* oder bei José Bové und vor allem bei all den Namenlosen, die nicht aufhören zu versuchen, ihre Alltagspraxis ein Stück weit zu assoziieren. Ihn gilt es zu stärken und zu artikulieren. Und zu verteidigen sowohl gegen jene, die ihn nur in die bekannte sozialistische Partei überführen wollen, wie auch gegen jene, die ihm distanziert Sympathien zuwerfen, in der Hoffnung, er werde nie zum Projekt, weil er an ihren Maßstäben gemessen nicht radikal genug sei.

Wenn neoliberal schlicht all jene genannt werden, die nicht länger das traditionelle sozialistische Projekt verfolgen, dann sind wir gerne neoliberal. Denn genau das ist notwendig: die veränderten Alltagspraktiken politisch zu artikulieren, um zu abweichendem Verhalten zu ermutigen, um andere Lebensweisen zu stützen, um lokale Assoziationen zu fördern, auch materiell und handfest. Wenn neoliberal aber – angesichts der vergangenen Jahre vielleicht viel treffender – all jene Praktiken bezeichnet, die verhindern, daß sich die gesellschaftlichen Veränderungen in den Superstrukturen artikulieren können, wenn der seit bald drei Jahrzehnten dominante Neoliberalismus vor allem bedeutete, die durch den Fordismus erzeugte gesellschaftliche Dynamik, die darauf drängt, die fordistischen Fesseln zu sprengen, immer wieder ins fordistische Korsett zurückzubinden und damit den fordistischen Institutionen noch den letzten Rest emanzipativen Gehalt raubt, dann, ja dann müssen wir den Vorwurf, neoliberal zu sein, zurückgeben: an die traditionalistische Linke – sometimes updated as "Neue Linke".